

---

# „Streitbare“ oder liberale Demokratie?

## Wie man in Deutschland und den USA mit „nichtgewalttätigen Extremisten“ umgeht\*

Von Horst Meier, Kassel

---

Verweigert eure Hände und tut nicht mehr mit! Es wird für die Zukunft ein ungeheurer Unterschied sein, ob ihr Deutsche selbst den Mann des Schreckens, diesen Hitler, beseitigt oder ob es von außen gesehen muss.

Thomas Mann, *Deutsche Hörer!* (BBC-Sendung vom August 1941)<sup>1</sup>

W. [vom Ortskommandanten zum Bürgermeister ernannt] war Monarchist. (...) Er bewunderte die englische Staatsordnung, und bei Kriegsausbruch begann er, regelmäßig BBC zu hören. „Die Engländer haben ... mein Innerstes angesprochen, denn ich bin ein Freund der Freiheit. Unterdrückung ist mir unerträglich.“

„Herr W., wenn Sie die Freiheit so sehr lieben, was haben Sie unter Hitler für die Freiheit getan?“

„Mein Gott“ rief er. „Wenn ich etwas getan hätte, ich wäre sofort erschossen worden.“

„Wir Amerikaner sagen, daß die Freiheit jeden Preis wert ist.“

„Pah. Was nützt einem die Freiheit, wenn man tot ist.“

Saul Padover, *Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45* (Frankfurt: Eichborn 1999, S. 21).

### I. Vom Betriebsrisiko der Demokratie

Eine Verfassung ist die Rechtsordnung des politischen Kampfes. Sie ist der Versuch, gesellschaftliche Antagonismen kleinzuarbeiten und destruktive Potentiale zu neutralisieren. Als Medium permanenter Evolution ermöglicht sie Selbstregierung: den ständigen Wechsel von Mehrheit und Minderheit, von Regierung und Opposition. Sie konstituiert ein Forum von Öffentlichkeit. Demokratie ist Diskussion, die offene Debatte aller über alles. Kurz: Sie ist eine anspruchsvolle Form der Konfliktregulierung. Inwieweit diese gelingt, ja ob die Integrationskraft der Verfassung auf Dauer ausreicht, hängt von zahlreichen außerrechtlichen

Faktoren ab. Die „checks and balances“ demokratischer Institutionen ermöglichen zwar ein hohes Maß an Stabilität und Wandel. In letzter Konsequenz können aber selbst die klügsten Institutionen ein Volk nicht davor bewahren, in den Zustand der Unfreiheit zurückzufallen. Es gibt Zeiten der Prüfung, da muss das Regelwerk der „offenen Gesellschaft“ gegen die „Versuchungen der Unfreiheit“ (Ralf Dahrendorf) verteidigt werden. Hin und wieder muss man für die Freiheit zahlen.

So trivial diese Einsicht erscheinen mag, sie ist dem bundesdeutschen Idealismus einer „Werteverteidigung“ weitgehend abhanden gekommen. Eine „streitbare“ Ideologie gibt vor, sie könnte die Demokratie als „freiheitliches demokratisches“ Perpetuum mobile betreiben. Doch für Stabilität und Dauer politischer Herrschaft gibt es keine ewigen Gewissheiten – auch nicht in Deutschland, das ihrer so sehr bedarf. Die Demokratie lebt mit, ja von jenen Gefahren, die sie als Ordnung der Freiheit entbindet. Ein wohlkalkuliertes Risiko gehört zum Wesen der Demokratie.<sup>2</sup> Warum aber ist in Deutschland die Bereitschaft so gering, dieses Risiko zu tragen? Warum lässt sich hierzulande nicht einigermaßen nüchtern darüber sprechen, dass Demokratie scheitern kann? Weil dem Scheitern von „Weimar“ eine besondere Dramatik innewohnt. Nazideutschland war nicht irgendeine Tyrannei, es wurde, so Thomas Mann in seinen Radioansprachen aus dem kalifornischen Exil, zum „Feind der Menschheit“. Das mündete nicht allein in Folter und die Ermordung politischer Gegner, es kulminierte in Angriffskrieg und Völkermord. So beschwört das „Nie wieder!“ nicht bloß die eine oder andere „Lehre“, sondern das Äußerste. Kann es da verwundern, dass hierzulande der Umgang mit den Verächtern der Demokratie eine ausgesprochen heikle Angelegenheit ist? Und Fragen aufwirft, die an das fragile Selbstbe-